

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Beschreibungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wochentäglich. Fernsprech-Nummer Nr. 53.

Abdruckrechte für Anzeigen aus dem Erzgebirge sind vorbehalten. — Abdruckrechte für Anzeigen aus dem Erzgebirge sind vorbehalten. — Abdruckrechte für Anzeigen aus dem Erzgebirge sind vorbehalten.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nummer Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 125

Mittwoch, den 2. Juni 1926

21. Jahrgang

Pilsudskis Ablehnung.

Der zweite Wahlgang — 281 Stimmen für Moscicki.

Warschau, 31. Mai. Die Sensation des heutigen Tages ist die Wahl Pilsudskis zum Staatspräsidenten und die gleichzeitige Ablehnung des Amtes durch den Marschall. Während das Wahlergebnis, das wir gestern schon mitteilten, von der linken mit Beifallskundgebungen und Abtönen der Nationalhymne aufgenommen wurde, und während auf den Straßen freudige Kundgebungen der Pilsudskireuen Organisationen stattfanden, hatte Pilsudski selbst die Annahme der Wahl bereits abgelehnt.

Der Sejmarschall Rataj und der Ministerpräsident Barthels versuchten, Pilsudski zur Aenderung seiner Entscheidung zu veranlassen, er erklärte sie jedoch als definitiv und unabänderlich. Er sei zwar dankbar für die Ehre der Wahl und die dadurch erfolgte Begünstigung seines Vorstoßes gegen die Witowskiregierung, er könne jedoch die Wahl nicht annehmen, da er

nicht einstimmig gewählt worden sei, also nicht das Vertrauen aller Kreise gewonnen habe.

Pilsudski sagte noch hinzu, daß außerdem der Präsident durch die Verfassung zu sehr an rascher und positiver Arbeit verhindert sei, was seiner aktiven Natur widerspreche. Er selbst schlug als neue Kandidaten für die morgen stattfindende zweite Wahl den Lemberger Professor der Chemie und Direktor der Stickstoffwerke von Chorzow, Ignaz Moscicki, und den Wilnaer Professor Bydziewski vor.

Warschau, 1. Juni. Im zweiten Wahlgang der Wahl zum polnischen Staatspräsidenten erhielt Moscicki 281 Stimmen, Winiński 200 Stimmen, Marek 1 Stimme. Außerdem wurden 63 weiße Zettel abgegeben. Moscicki ist somit zum Staatspräsidenten gewählt.

Ein Appell Coolidges an die Vernunft der Völker.

Europa muß abrücken.

Washington, 30. Mai. Bei der Gedenkfeier für die im Sezessionskrieg Gefallenen auf dem Nationalfriedhof von Arlington hielt Präsident Coolidge eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Die amerikanische Armee ist ausgesprochenemassen eine Armee des Friedens. Wir bemühen uns, unseren Teil zum Weltfrieden beizutragen, und zwar nicht in einer Weise, die sensationell und in die Augen fallend wirkt, sondern durch die Anwendung praktischer, durchführbarer und durchdachter Methoden und durch den Appell an den gesunden Verstand der Menschheit. Der Friede hat wirtschaftliche Grundlagen, eine Tatsache, der bis jetzt zu wenig Beachtung geschenkt worden ist. Niemand, der die Tatsachen untersucht, kann daran zweifeln, daß es der wirtschaftliche Zustand Europas war, der die überlasteten europäischen Länder kopsüß in den Weltkrieg gestürzt hat. Sie waren an die Aufrechterhaltung des Systems des Weltfriedens gebunden. Wenn ein Land ein neues Kriegsschiff auf Stapel legte, erachtete irgendein anderes Land es für nötig, zwei Kriegsschiffe auf Stapel zu legen. Wenn ein Land ein Regiment aufstellte, stellte irgendein anderes Land drei Regimenter auf. Die Völker wurden zum Schaden ihres industriellen Lebens bewaffnet, gedrückt und geübt, sie wurden mit Steuern und Abgaben belastet, bis die Bürde nicht mehr länger zu tragen war. Die Völker drohten unter der Last zusammenzubrechen und suchten Befreiung von dem unerträglichen Druck, indem sie sich gegenseitig ausplünderten. In dem Wunsch, die Wiederholung einer solchen Katastrophe zu verhindern, schlug die amerikanische Regierung die Washingtoner Konferenz für die Abrüstung vor und führte sie erfolgreich durch. Wir sind immer von dem Wunsch erfüllt gewesen, dem Abrüstungsprinzip zur weiteren Ausdehnung zu verhelfen, und haben deshalb Vertreter auf die Abrüstungskonferenz in Genf entsandt. Wir sind des Glaubens,

daß auch die anderen Völker sich uns anschließen und ihr Vertrauen und ihren Glauben soweit beiseite legen werden, daß es ihnen möglich wird, sich über die Methoden zu einigen, die ihnen untereinander Befreiung von dem Zwang zur Aufrechterhaltung großer Land- und Seestreitkräfte schaffen könnten. Wir haben uns an der Konferenz beteiligt, erfüllt von den besten Gesinnungen, soweit es auf uns ankommt, und im aufrichtigen Glauben, daß auch, soweit es auf die europäischen Länder ankommt, die besten Gesinnungen auf der Konferenz zugetragen sind. Wir wünschen, daß die Probleme, die dort besprochen werden, aller technischen Umständlichkeiten entkleidet werden, daß man sich mit diesen Problemen in einer Weise auseinandersetzt und sie in einer Weise löst, die praktische Ergebnisse gewährleistet. Wir sind bereit, jeder Anstrengung unsere Unterstützung zu gewähren, die in dieser Richtung unternommen wird.

Coolidge sagte bei der Gedächtnisfeier für die Gefallenen weiter: Wir stützen uns nicht auf unsere drohende Macht in unseren internationalen Beziehungen oder bei dem Bestreben, unsere Weltstellung zu behaupten. Verhältnisse können sich einstellen, wo ein Appell an die Vernunft unermesslich scheint. Aber solch ein Konflikt entscheidet sehr wenig. Schließlich ist es notwendig, an die Vernunft zu appellieren. Solange nicht Übereinstimmung durch Verträge, die mit überwiegender Gerechtigkeitsinn harmonisieren, erreicht ist, wird eine endgültige Lösung nicht gefunden. Wir sollen weder die Schwierigkeiten der europäischen Nationen unterschätzen, noch sollen wir ihnen größte Geduld und mitempfindendes Verständnis versagen, aber wir können andererseits mit der Überzeugung nicht zurückhalten, daß die europäischen Nationen sich in der Notwendigkeit befinden, weitere Einschränkungen der Rüstungen herbeizuführen. Wir sind entschlossen, ihnen bei der Lösung ihrer Probleme jede Unterstützung zu gewähren.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Berlin, 31. Mai. Die deutsche Regierung hat die polnische Regierung zu neuen direkten Verhandlungen über die Befehle des internationalen Haager Schiedsgerichts eingeladen. Die Antwort der polnischen Regierung steht bis heute wegen der Präzedenzfrage noch aus. Auf deutscher Seite besteht die Absicht, im Verhandlungswege Polen zur Erfüllung der durch die Haager Entscheidung ihm auferlegten Pflichten zu bringen. Für Deutschland kommt hierbei in erster Linie das durch die Haager Entscheidung aufgehobene polnische Verfahren gegen den deutschen Landbesitz in Ostoberschlesien in Frage.

Das Verfahren gegen Wulle.

Grundlage des Verfahrens gegen Wulle sind die Aussagen Grüttel-Dehners über die Rolle, die die Abgeordneten Wulle und Kube bei einigen der Memmorergebeisse gespielt haben. Es hat lange gedauert, bis sich die Staatsanwaltschaft zum Eingreifen entschloß. Das vorliegende Material ist aber so schwerwiegend, daß selbst die bürgerlichen Abgeordneten des preussischen Landtages für die Aufhebung der Immunität sich aussprechen mußten. Die Kommunisten haben dagegen gestimmt, nicht weil sie den Abg. Wulle für unschuldig halten, sondern mit der reichlich komplizierten Begründung, sie wollten sich nicht mischuldig machen „an einer Komödie,

die, die erneut vor Gericht zur Verschleierung der Memmorergebeisse gespielt werden soll“. Wir wollen im Gegenteil hoffen, daß das Verfahren gegen Wulle den Anlaß geben wird zur völligen Aufhellung des Dunkels, das heute noch über den Memmorerde und der Femeoorganisation liegt. Die Öffentlichkeit des Verfahrens wird man in dem Prozeß gegen Wulle nicht gut ausschließen können, ohne das Ansehen der Justiz auf das schwerste zu schädigen.

Die Polizeiaktion gegen die Rechtsverbände vor dem preussischen Landtag.

Im preussischen Landtag, der heute seine Plenarberatungen wieder aufnimmt, wird, wie die „Postische Zeitung“ hört, bei Beratung des Polizeibetriebs Ministerialdirektor Abegg sich ausführlich über die letzten Maßnahmen der Polizei gegen die Rechtsverbände verbreiten.

Millionendefizit in Braunschweig.

Nach einer Meldung wird der Etat Braunschweigs erst Ende dieses Monats zur zweiten Lesung an den Landtag kommen. Der Fehlbetrag beläuft sich auf etwa fünf Millionen Mark bei einem Gesamtabschluß von 50 Millionen. Dieser Fehlbetrag werde sich noch erhöhen, da durch eine neue Reichsgerichtsentscheidung in einem Besoldungsstreit zwischen Kirche und Staat die Entscheidung zugunsten der Kirche ausgefallen ist.

Der Amtsturz in Portugal gelungen.

London, 31. Mai. Nach den letzten Meldungen aus Lissabon ist die von den Truppen des Generals Cabecadas am Freitag in Szene gesetzte Aufstandsbe- wegung gegen die Regierung vollkommen gelungen. Das Kabinett ist zurückgetreten und der Präsident der Republik Machado hat Cabecadas beauftragt, eine Regierung zu bilden.

Durch den Uebertritt der Garnison von Lissabon und Porto zu den Aufständischen war der Sieg der Revolution entschieden. Cabecadas hat Journalisten gegenüber erklärt, daß er vorläufig beabsichtige, eine Militärdiktatur zu etablieren, und daß er als erstes das Parlament nach Hause schicken werde. Wie immer in solchen Fällen, hat das revolutionäre Komitee einen Aufruf erlassen, in dem es eine völlige Reform des Staates ankündigt: „Berringerung der öffentlichen Ausgaben, Ausgleich des Staatsbudgets, unabhängige Gerichtsbarkeit, Garantierung des Lebens, Eigentums und der Ehrenrechte jedes Bürgers.“

Nach einer Neutermeldung erklärte General Cabecadas in einem Interview, daß sein neues Kabinett aus Zivil- und Militärpersonen bestehen werde, die außerhalb der politischen Parteien ständen. Die Mitglieder des Kabinetts würden in vollkommener Übereinstimmung mit den Delegierten der Militärdivisionen ausgewählt werden.

Erhöhte Kampfaktivität der Kabylen.

Paris, 31. Mai. Nach einer vom „Temps“ weitergegebenen Meldung werde an der spanischen Front in der Gegend südlich von Tanger, wo spanische Abteilungen vom Gegner stark beunruhigt worden seien, eine Zunahme der gegnerischen Tätigkeit gemeldet, ebenso in der Gegend von Tetuan.

Spanien verlangt die Auslieferung Abd el Krims.

Die spanische Regierung hat die französische Regierung um Auslieferung Abd el Krims ersucht. Die Spanier begründen ihr Verlangen mit dem Fehlen von 18 gefangenen spanischen Offizieren und mit der Tatsache, daß Abd el Krim Spanien bekämpft habe, bevor er gegen Frankreich Krieg führte. Die spanischen Gefangenen klagen über ihre Behandlung durch die Alliierten; sie behaupten, daß die Franzosen besser behandelt worden seien.

Paris, 1. Juni. Gabaes meldet aus Madrid, in Larracha verlautet, daß der Sohn Statkulis sich vor dem französischen Botschafter befindet und sich zu unterwerfen beabsichtigt.

Italien verlangt Einfluß in der Tanger-Zone.

Rom, 1. Juni. In einer Mitteilung der Agentur Gabaes, daß die französische Regierung nicht die Absicht habe, irgendeine Aenderung mit internationalem Charakter in der Zone von Tanger eintreten zu lassen, erklärt die „Tribuna“, daß, soweit Tanger in Frage komme, Italien nicht von der Verwaltung der internationalen Zone ausgeschlossen werden könne. Italien könne von diesem Teil des Mittelmeeres nicht länger ausgeschlossen bleiben.

Strenge Gesetze in Afrika.

Nairobi, 1. Juni. Der Gouverneur gibt bekannt, daß die Regierung infolge der großen Anzahl der von Eingeborenen begangenen Verbrechen und Gewalttätigkeiten gegen europäische Frauen beabsichtigt, Gesetze zur Annahme zu empfehlen, die eine strengere Bestrafung solcher Verbrechen vorsehen. Die Regierung hat einen Appell an die eingeborenen Häuptlinge gerichtet, die selbst solche Verbrechen verurteilen.

Unruhen in Shanghai.

London, 1. Juni. Weiter berichtet ergäuzend über die Unruhen in Shanghai, daß zahlreiche Häuser gestern abend belagert, mit Steinen beworfen und geschlagen wurden. Die Menge belagerte ein Haus, in dem mehrere Ausländer Zuflucht genommen haben. Eine Anzahl von Kraftwagen wurde beschlagnahmt. Die Polizei verhaftete heute vormittag drei Studenten, die aufreizende Flugblätter verteilten.

Der türkisch-persische Handelsvertrag.

Angora, 31. Mai. Der Austausch der Urkunden des vorläufigen Handelsvertrages mit Persien, der auf der Basis der Gegenseitigkeit geschlossen worden ist, hat heute hier stattgefunden.

I. Sa.

ten

wäscherei
terei

er
nn
er von
nder.

lieben

n
fgang
Schnee-